



*vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (Hrsg.): Bildung zu demokratischer Kompetenz. Gutachten. 2020, Münster. 280 Seiten.*

Ausgangspunkt dieses Gutachtens bilden aktuell viel diskutierte Spaltungs- und Radikalisierungsprozesse innerhalb der Gesellschaft, im Besonderen das „Phänomen eines wachsenden Populismus“ (S. 31). Um diesem zu begegnen, werden Handlungsempfehlungen formuliert, die sämtliche Teilbereiche des Bildungssystems adressieren. Das diesen übergeordnete Bildungsziel demokratischer Kompetenz umfasst die Aneignung und Anwendung demokratiebezogenen Wissens sowie entsprechender Werte, außerdem Vertrauen in Institutionen, politische Selbstwirksamkeit und eine der Demokratie verpflichtete Handlungsbereitschaft (S. 49).

Das vorangestellte Grundlagenkapitel vermittelt unter Rückgriff auf ausgewählte fachdidaktische Konzepte und Modellierungen einen Überblick über Spannungsfelder und aktuelle Herausforderungen der Förderung demokratischer Kompetenzen. Breiten Raum nehmen psychologische Begründungen von auf die frühkindliche und schulische Bildung zielenden Maßnahmen ein. Aufgrund dieser Gewichtung gerät die eröffnende Skizze einer „abendländischen Geschichte“ (S. 29) von Demokratie und demokratischer Bildung deutlich eklektisch. Im Besonderen irritieren fehlende Differenzierungen zwischen den jeweiligen Staats- und Gesellschaftsformen sowie das Ausklammern der DDR aus der Geschichte der Bundesrepublik.

Die die (vor-)schulischen Bildungsbereiche betreffenden Kapitel schließen an die psychologischen Begründungen an und arbeiten die Bedeutung institutioneller Gesamtkonzepte heraus, die – jeweils altersangemessen – nicht nur Fragen der fachlichen Vermittlung, sondern auch Möglichkeiten der Partizipation und des Erwerbs damit verbundener demokratischer (Vorläufer-)Kompetenzen adressieren. Möglichkeiten der Mitbestimmung werden auch in dem der beruflichen Bil-

dung gewidmeten Kapitel in den Vordergrund gestellt, wohingegen diese im Bereich der Hochschule nicht berücksichtigt werden. Stattdessen wird in teils schwer zugänglicher Argumentationslogik das bereits 2015 empfohlene Programm eines Studiums generale fortgeschrieben. Das Kapitel zur Weiterbildung nimmt vor allem Formen freiwilligen, bürger- und zivilgesellschaftlichen Engagements in Kontexten der – nicht spezifisch politischen – Weiterbildung in den Blick.

Diese unterschiedlichen Akzentuierungen in den Teilkapiteln legen es nahe, dem Gutachten differenziert zu begegnen. Offen gelegte Forschungsbedarfe bezüglich der Wirkungsweisen didaktischer Konzepte und Ansätze sowie die herausgestellte Notwendigkeit der entsprechenden Professionalisierung pädagogischen Personals zeigen deutliche Handlungsbedarfe an. Die Bedeutsamkeit des (vor-)schulischen Bereichs wird plausibel herausgestellt so wie auch in der dezidierten Auseinandersetzung mit dem Feld der beruflichen Bildung ein Verdienst zu sehen ist. Gleichzeitig legt es die als defizitär beschriebene Datenlage nahe, dass auch die eigenen Handlungsempfehlungen in die empirischen Überprüfungen miteinzu beziehen sind. Die Forderung nach einheitlichen Standards und Maßnahmen zu deren Implementierung ist im Lichte beschriebener Problematiken, die in weiten Feldern mit dem Fehlen einheitlicher bundesweiter Vorgaben verbunden sind, nachvollziehbar; zugleich bedürfte sie aber auch einer systematischeren Diskussion. So lässt das stellenweise entgrenzt wirkende Verständnis von politischer bzw. Demokratiebildung in seiner Normativität reflexive Momente vermissen, die berücksichtigen, dass sich Vertrauen in Institutionen und Selbstwirksamkeitsempfinden auch aus individuellen Erfahrungen in und mit der politisch-gesellschaftlichen Realität speisen und nicht ausschließlich vermittelt über politische bzw. Demokratiebildung hergestellt werden können. So ist die Bedeutung dieses Gutachtens vor allem in dem Anstoß zu sehen, der die Notwendigkeit solcher Diskussionen unterstreicht, um dem formulierten Anliegen gerecht werden zu können.

May Jehle